

Teilnehmende Beobachter (Teil III)

MfS, Verfassungsschutz, SED, KPD und die 68er Revolte

Jochen Stadt

Nach der Veröffentlichung des zweiten Teils dieser Darstellung und der Publikation einer Kurzfassung in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*¹ schrieb Georg Fülberth die folgende E-Mail mit der Bitte um Richtigstellung:

Liebster Herr Stadt,

machen Sie mir doch die Freude und behaupten Sie nie wieder, ich sei ein ehemaliges DKP-Mitglied (Zeitschrift des Forschungsverbunds SED-Staat 43/2019, S. 139). Ich bin nämlich kein ehemaliges, sondern aktuelles, aktives und ordentlich Beitrag zahlendes Mitglied der DKP. Von all Ihren Lügen ist dies die einzige, die ich Ihnen übel nehme. Schade, dass Sie sie nicht auch in der FAZ haben drucken lassen. Dann bekäme ich jetzt dort eine Gegendarstellung. Bringen Sie diese halt wenigstens in Ihrem eigenen haus-internen Organ.

Herzlichst und ergebenst Ihr Georg Fülberth

Der Autor dieses Textes hat sich bei Professor Fülberth selbstverständlich entschuldigt:

Allerwertester Herr Füllberth,

Entschuldigung, das wußte ich nicht, man lernt nie aus. Wird gedruckt. Ergeben müssen Sie sich nicht. „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

Herzliche Kampfesgrüße von J. Stadt

Interessanter noch als Fülberths akute DKP-Mitgliedschaft war jedoch die leserbriefliche Reaktion von Professor Dr. Lothar Peter aus Bremen. Das ehemalige DKP-Mitglied Peter schrieb: „Wenn ein profiliertes linker Intellektueller wie Wolfgang Abendroth damals mit Vertretern der KPD über die Möglichkeiten einer die Kommunisten einschließenden sozialistischen Partei in der Bundesrepublik diskutieren wollte, blieb ihm also nichts andere übrig, als in die DDR zu reisen. KPD-Mitglieder wären ja beim Betreten westdeutschen Territoriums sofort verhaftet worden.“² Lothar Peter, der 1967 im Marburger SDS aktiv war, mußte sich eigentlich erinnern, daß dem damals längst nicht mehr so war. Seine Behauptung ist ein reines Ablenkungsmanöver. So kam im September 1967 das Mitglied des KPD-Politbüros Manfred Kapluck aus Ost-Berlin zur 22. Delegiertenkonferenz des SDS nach Frankfurt am Main und sprach dort Grußworte für den Initiativausschuß zur Wiedezulassung der KPD und für die KPD selbst. Der Verfassungsschutz registrierte das, festgenommen wurde Kapluck nicht.³ Auch andere Führungsleute der KPD, die aus Ost-Berlin einreisten, konnten zu dieser Zeit durch die Bundesrepublik tingeln, ohne daß sie ins Gefängnis kamen.

Am 8. Februar 1968 veranstaltete der ehemalige niedersächsische KPD-Landtagsabgeordnete Ludwig Landwehr aus Osnabrück als Mitglied der „Kommission für die Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Aufhebung des KPD-Verbot“ im Hotel „Frankfurter Hof“ eine Pressekonferenz. Dort sollte der Entwurf für ein neues KPD-

1 In der FAZ erschienen am 8. Juli 2019.

2 Der Leserbrief von Lothar Peter erschien in der FAZ vom 13. Juli 2019.

3 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: Lageberichte Bd. 18, August 1967 - Januar 1968. BArch Koblenz, B 443 / 544.

Programm vorgestellt werden. Aus der DDR waren die KPD-Führungskader Max Schäfer, Herbert Mies und Grete Thiele angereist. Der Frankfurter Polizeipräsident untersagte diese Veranstaltung unter Berufung auf das Versammlungsgesetz und das KPD-Verbot. Als Schäfer und Mies trotz der von einem Polizeibeamten verlesenen Verbotsverfügung versuchten, Erklärungen abzugeben, wurden sie kurzzeitig vorübergehend festgenommen. Landwehr äußerte später die Auffassung, die Pressekonferenz sei der Beginn zu einer neuen Offensive, die bis zur Aufhebung des Verbots weitergeführt werde. Mies, Thiele und Kapluck nahmen in den folgenden Wochen an weiteren Veranstaltungen teil, so im „Club Humanité“ Koblenz, in der Universität Köln auf Einladung des Rings politischer Hochschulgruppen und in der Universität München. Dort verlas ein SDS-Mitglied, das der illegalen KPD angehörte, Auszüge des KPD-Programms. Als Polizeibeamte ihn daran hindern wollten, gruppieren sich 30 bis 40 Studenten um ihn und verhinderten das Einschreiten der Polizei. Mies, Thiele und Kapluck reisten unbehelligt in die DDR zurück. So viel zu Am 13. Februar 1968 wurde auf Betreiben der Bundesanwaltschaft in Druckereien an mehreren Orten der Programmwurf der KPD beschlagnahmt.⁴

Das Bundesamt für Verfassungsschutz berichtete am 7 Juni 1968 in seinem Lagebericht unter an das Bundeskanzleramt und andere Regierungsstellen unter der Überschrift „KPD fordert SPD/FDP-Koalition“ über einen „Offenen Brief“, der von den KPD-Funktionären Willi Bechtle, Grete Thiele, Max Schäfer und Herbert Mies unterzeichnet war. Damit war die KPD der Bonner Realpolitik und mehr als ein Jahr vorausgeeilt. Der gleiche Verfassungsschutzbericht behandelt auch die vom Ost-Berliner Zentralkomitee der KPD angewiesene Gründungsveranstaltung der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) am 4. und 5. Mai 1968 in Essen. Neben mehreren KPD-Funktionären sprach dort auch das Mitglied des SDS-Bundesvorstandes Herbert Lederer. Peter Brandt, der mit vier Begleitern aus der Berliner Jugendgruppe „Roter Turm“ an der Konferenz teilnehmen wollte, sei nicht zum Kongress zugelassen worden, da die Veranstalter befürchteten, er würde dort ein eigenes Programm mit trotzkistischen Ideen vertreten.⁵

Am 29. Juni 1968 beschloß die KPD-Führung die Bildung eines Wahlbündnisses „Union des demokratischen Fortschritts“, dessen politische Plattform zur Bundestagswahl „möglichst schnell sichtbar zu machen“ sei.⁶ Am 7. Oktober 1968 meldete der Verfassungsschutz den Vollzug des Vorhabens. Auf Einladung des „Gießener Kreises“ seien am 28. September 1968 in Duisburg 138 Vertreter von Gruppen der „außerparlamentarischen Opposition“ zur Vorbereitung eines Wahlbündnisses für die Bundestagswahl im Herbst 1969 zusammengekommen und hätten ein 23köpfigen Vorbereitungsausschuß gewählt. Ihm gehörten u.a. Hans Bender (KPD) an, Wolfgang Abendroth, Arno Behrisch (DFU), Jürgen Büscher (SDS und SDAJ Mainz), Gunnar Mathiessen (SDS, KDA), und Werner Hoffmann („Gießener Kreis“).⁷ Die bereits am Beispiel der Zusammenarbeit Wolfgang Abendroths mit der SED- und KPD-Führung in Ost-Berlin im II. Teil dieser Untersuchung beschriebene zeitliche Reihenfolge von Handlungsemp-

4 Bundesamt für Verfassungsschutz: Lagebericht vom 8. März 1968 des Bundesamtes für Verfassungsschutz, in Bd. 19. Februar 1968 - Juli 1968, BArch Koblenz, B 443 / 545.

5 Bundesamt für Verfassungsschutz: Lagebericht vom 7. Juni 1968 des Bundesamtes für Verfassungsschutz, in Bd. 19. Februar 1968 - Juli 1968, BArch Koblenz, B 443 / 545.

6 KPD, Sekretariat des Zentralkomitees: Protokoll der Sekretariatssitzung vom 19. Juni 1968. SAPMO-BArch, BY 1 / 3112.

7 Bundesamt für Verfassungsschutz: Lageberichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz Bd. 20. August 1968 - Januar 1969. BArch Koblenz, B 443 / 546.

fehlungen aus Ost-Berlin und ihrem Vollzug durch DDR-Parteigänger im Westen wiederholte sich auch bei der Bildung des Wahlbündnisses „Aktion Demokratischer Fortschritt“ (ADF) zur Bundestagswahl 1969.

Die Weltjugendfestspiele in Sofia 1968

Vom 28. Juli 1968 bis zum 8. August 1968 fanden in Sofia die IX Weltfestspiele der Jugend und Studenten statt. Sie standen unter der Losung „Für Solidarität, Frieden und Freundschaft“. Rund 15 000 junge Leute aus westlichen und kommunistischen Staaten reisten zum Festival in Bulgarien an. Doch schon bei der Anreise kam es an der bulgarischen Grenze zu Problemen. Wegen zu langer Haare und Bärten verweigerten bulgarische Grenzer Jugendlichen aus dem „Bruderland“ CSSR die Einreise. Außerdem beschlagnahmten sie Exemplare des Parteiprogramms der Dubcek-KP und Kopien des Manifests der „2 000 Worte“. Dieses in der CSSR veröffentlichte Schlüsseldokument des Prager Frühlings rief zur Unterstützung der Reformer in der kommunistischen Partei auf und dazu „dieses Regime zu vermenschlichen“. Als die tschechoslowakische Delegation mit Dubcek-Dubcek-Rufen an der mit kommunistischen Funktionären aus aller Welt besetzten Ehrentribüne vorbeiliefen, herrschte dort eisiges Schweigen, während zahlreiche Festivalteilnehmer auf den Benachbarten Tribünen applaudierten. Die Delegation aus der Bundesrepublik war mit rund 500 Teilnehmern angereist, aus der DDR kamen rund 700 FDJler nach Sofia. In der *Zeit* berichtete Kai Herrmann am 9. August: „Schon bei der Eröffnungszeremonie war es zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen gekommen. Mit einem Massenaufmarsch von Geheimpolizei und Miliz in Zivil, mit Unterdrückung der Diskussion in Foren und allerlei Schikanen, vor allem gegen die Tschechoslowaken, suchten die bulgarischen und sowjetischen Organisatoren das Festival unter Kontrolle zu halten. Sie rechneten nicht mit der Schwejskschen Schläue der Tschechoslowaken, dem Selbstbewußtsein der Jugoslawen und der Kampferprobtheit – gegen jede Form von Repression – der kleinen SDS-Gruppe.“ Letztere hatte mit dem SDS-Vorsitzenden Karl Dietrich Wolff an der Spitze eine offizielle Vietnam-Demonstration umfunktioniert und in eigenen Flugblättern zu einem Sitzstreik vor der amerikanischen Botschaft aufgerufen. Das Sit-In beendeten bulgarische Geheimpolizisten nach kurzer Zeit mit handgreiflichen Methoden. Fünf Mitglieder der SDS-Delegation, die der KPD-Fraktion angehörten, gaben als „SDS-Delegation“ eine Erklärung ab, mit der sie sich von der Aktion ihrer antiautoritären Genossen distanzieren. Ein bulgarischer Sprecher verglich während einer Diskussionsveranstaltung den anwesenden SDS-Vorsitzenden K.D. Wolff mit Josef Goebbels und die antiautoritären SDSler mit Faschisten. Als Wolff zum Mikrophon eilte, schritten bulgarische Geheimpolizisten ein und schleiften ihn aus dem Saal. Mehrere SDSler, die ihm zu Hilfe kamen wurden ebenfalls aus dem Saal geprügelt. Kai Herrmann beschrieb den Fortgang des Geschehens in der *Zeit* folgendermaßen: „Im Saal freilich kam es zur Revolte der Minderheit. Eine Sprecherin der Jugoslawen forderte sofort eine Entschuldigung von dem Bulgaren. Als der nach Ausflüchten suchte, verließ die jugoslawische Delegation geschlossen den Saal. Mit ihr gingen die Tschechoslowaken, Rumänen und die studentischen Vertreter der meisten westlichen Länder. Die Tschechoslowaken verteilten noch am gleichen Abend Flugblätter, in denen sie das Verhalten der Gastgeber verurteilten.“

Die Zwischenfälle während des Jugendfestivals in Sofia kamen auf XXII. ordentliche Delegierten Konferenz des SDS zu Sprache, die vom 12. bis 16. September 1968 in Frankfurt tagte. Besonders ordentlich ging es dort allerdings nicht mehr zu. Mit deutlicher Mehrheit stimmten die Delegierten einem Ausschlußantrag des Bundesvorstandes

gegen fünf KPD-Mitglieder zu, die sich in Sofia als „SDS-Delegation“ von den antiautoritären um K.D. Wolff distanziert und das rabiante Vorgehen der Ordnungskräfte begrüßt hatten.⁸

Das Weltjugendfestival in Sofia ging auch in die Geschichte der FDJ ein. Wolfgang Abendroths SED-Gesprächspartner Karl Heinz Jahnke und sein Autorenkollektiv handelten die IX. Weltfestspiele in ihrer „Geschichte der Freien Deutschen Jugend“ folgendermaßen ab: „Für viele Delegierte aus kapitalistischen Staaten und aus Entwicklungsländern gehörte das Erleben des realen Sozialismus zu den nachhaltigsten Eindrücken. Mit eigenen Augen sahen sie, welche Förderung und Unterstützung die Jugend durch die marxistisch-leninistische Partei und den sozialistischen Staat erhält, welche Autorität die Jugendorganisation in der sozialistischen Gesellschaft genießt. Alle Versuche, die Harmonie des Festivals zu stören und einen Keil zwischen die fortschrittliche Weltjugend zu treiben scheiterten.“⁹

Das Eintreten der dem SDS angehörenden KPD-Studenten für „die Harmonie des Festivals“ in Sofia erfolgte in Absprache mit der KPD-Führung in Ost-Berlin und den bulgarischen Ordnungskräften. Der nach Sofia entsandten KPD-Instrukteur „Herbert“ rief am 29. Juli 1968 bei „Rolf“ (das war Jupp Ledwohn, Mitglied des Politbüros der KPD)¹⁰ in Ost-Berlin an, und teilte mit, „daß unsere Freunde in einer komplizierten Lage sind. Die Gruppe um Wolf (SDS) tritt in politischen Zusammenkünften und Demonstrationen sehr provokativ auf.“ Es sei damit zu rechnen, „daß unsere Gruppe gezwungen ist, sehr massiv und hart in der Diskussion aufzutreten“, was unter Umständen „zu einem Bruch führen wird und bei unserer Weiterentwicklung des Kampfes der progressiven Kräfte Konsequenzen mit sich bringen wird. Unsere Freunde führen ständig Konsultationen durch mit allen dafür infrage kommenden Genossen und Gremien, und es besteht dabei völlige Einheitlichkeit in der Linie der konsequenten Abwehr der Querschüsse“ von Seiten der Antiautoritären.

Die „überregionale Leitungsgruppe“ der KPD-Fraktion im SDS legte Anfang September fest, die Ausschlußdebatte auf der SDS Delegiertenkonferenz mit Zurückhaltung zu führen, damit es nicht noch zu weiteren Ausschlüssen komme. Für die Gründung eines eigenen Verbandes sei es noch zu früh. „Die fünf Genossen sollten mit Erklärungen an die Verbandsöffentlichkeit treten und von der gesamten ‚Fraktion‘ in den Gruppen und auf der DK unterstützt werden“. Diszipliniert hielten sich die „Marxisten-Leninisten im SDS“ an diese Empfehlung und argumentierten tapfer aber erfolglos gegen den „emotionalen Antikommunismus“ der Antiautoritären an. Dabei hatte die KPD-Fraktion auch durch ihre Rechtfertigung der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch die Warschauer-Pakt-Staaten erheblich an Unterstützung verloren. In der Information über die Delegiertenkonferenz, die für das ZK-Sekretariat der KPD in Ost-Berlin verfaßt wurde schlug sich das in dem lapidaren Satz nieder: „Die Fraktion ist im Gegensatz zu früheren Delegiertenkonferenzen kleiner geworden“.¹¹ Inhaltlich Gründe dafür hielten die Berichterstatter nicht für erwähnenswert.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz meinte nach der Delegiertenkonferenz in seinem Lagebericht, der SDS befinde sich in einem desorientierten Zustand. Die Antiautoritären

8 Ausgeschlossen wurden Peter Bubenberger (Köln), Fred Schmid (München), Wanja von Heiseler (Frankfurt), Stephan Voets (Wuppertal) und Andreas Achenbach (München).

9 Autorenkollektiv unter Leitung von Karl Hein Jahnke: Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Berlin 1982, S. 431 f.

10 Die Decknamenentschlüsselung verdankt der Autor Rudolf van Hüllen und Wilhelm Mensing.

11 KPD, Sekretariat des Zentralkomitees. Protokoll der Sekretariatssitzung vom 14. November 1968 samt Anlagen. SAPMO-BArch, BY 1 / 3118.

hätten wegen der Ereignisse in Sofia fünf Mitglieder der „KP-Fraktion“ ausgeschlossen, aber keine Einigung über die anstehenden Organisationsfragen und Kampagnen erzielt. Kampagne gegen die Justiz, eine Desertionskampagne oder Kriegsdienstverweigerungskampagne oder Wehkraftersetzungskampagne hätten zur Debatte gestanden. Auch sei über eine „Verunsicherung“ von Richtern und Staatsanwälten diskutiert worden.

Das Hauptaugenmerk des Verfassungsschutzes lag aber immer noch auf den Interventionsversuchen aus Ost-Berlin. Der Briefversandapparat der KPD habe im September *Freies Volk* 9/68 und *Wissen und Tat* 9-10/68 mit Sonderdrucken der Erklärung des KPD-Zentralkomitees zur Intervention des Warschauer Pakts in der CSSR verbreitet. Die Intervention werde darin als „Niederlage des westdeutschen Revanchismus“ bezeichnet. *Freies Volk* sei in der DDR, Frankreich und Schweden gedruckt und von dort aus mit fingierten Absenderadressen auch versandt worden. Auf mehreren Verkehrsflughäfen wurden 3 500 Sendungen aus Frankreich angehalten. Die Politverwaltung des DDR-Ministeriums für Nationale Verteidigung habe wieder größere Mengen von Agitationsschriften gegen die Bundeswehr versandt. Am 16. und 17. September wurden in Sulzbach-Rosenberg 13 Flugblatttraketen abgeschossen. In den Flugblättern wurde gegen das Bundeswehrmanöver „Schwarzer Löwe“ polemisiert. Die Zolldienststellen hielten im August 506.000 (Juli 518.000) Sendungen mit Agitationsmaterial aus der DDR an und in West-Berlin 19.000.¹²

Der fremde Blick – reziproke Anthropologie

Die Berichte der teilnehmenden Beobachter aus der DDR belegen für die 68er Zeit ein zunehmendes Unverständnis für die Veränderungsprozesse im linken Milieu und in der westdeutschen politischen Kultur. Ein DDR-Reisekader des Deutschen Kulturbundes schrieb seine Eindrücke nach einem Besuch beim Kölner Republikanischen Club (RC) im Mai 1968 nieder. Seit Ostern habe es 120 Neueintritte gegeben, davon seien 1/3 Arbeiter. Der Club habe 420 Mitglieder. „Die Aktivität im RC ist ungeheuer gewachsen. Unentwegt finden Tagungen, Besprechungen und Konferenzen statt.“ Vieles werde spontan koordiniert. „Ganz allgemein hat sich eine ungeheuer starke Linkstendenz ergeben. Man redet sich im RC mehr und mehr mit Genosse an, singt nach Abschluß von Aktionen, die keineswegs sozialistischen Charakter haben, die ‚Internationale‘ usw.“ Die Liberalen Kräfte, die den RC im Spätsommer 1967 gründeten, seien in den Hintergrund gedrängt worden. Der RC begreife sich zunehmend als radikaldemokratisch und hege die „Vorstellung eines Rätessystems auf allen möglichen Ebenen und in allen möglichen Institutionen“. Unter den Mitgliedern seien eine Reihe von WDR-Journalisten, Hochschulassistenten und kleinbürgerlichen Intellektuelle, die eigene Konzepte zu erarbeiten begönnen. Bei diesen RC-Mitgliedern sei die „Anti-DDR und Pro-CSSR-Tendenz am stärksten ausgeprägt“. Von KD Wolff und Hans-Jürgen Krahl, die über ihre SDS-Leute ein eigens Kontaktnetz in die verschiedenen Republikanischen Clubs aufgebaut hätten, wäre die Losung ausgegeben worden, man solle „zwar mit Kommunisten zusammenarbeiten aber verhindern, daß sie allzu stark werden und ihre ‚traditionalistischen‘ Ansichten durchsetzen“. Es gebe laufenden Zustrom neuer Kräfte, die „ungemein schnell für sozialistische Zielsetzungen zu begeistern“ seien. Sie meinen, „die Aktionen ließen sich in einer geraden Linie bis zur Erreichung des Rätessystems eskalieren.“ Die KPD-Genossen kämen „oft in eine schwierige Situation, da sie nach außen hin zu bremsen scheinen, wenn sie vor den Illusionen einer revolutionären Romantik warnen.“

12 Bundesamt für Verfassungsschutz: Lageberichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz Bd. 20, August 1968 - Januar 1969. Darin Lagebericht vom 7. Oktober 1968. BArch Koblenz, B 443 / 546.

Im Kölner RC gebe es vier Hauptgruppen: 1. Die Liberalen, die sich für die Verteidigung des Grundgesetzes einsetzen. „2. Die sogenannten ‚Traditionalisten‘ (der Begriff ist von den Putschisten im SDS erfunden worden und hat eigentlich diffamierend Charakter). Das sind Genossen der KPD, Freunde vom SDS, den beiden Kuratorien, aber auch die Mehrzahl der im RC befindlichen Gewerkschaftler“. 3. Die „Effektivisten“, was „hauptsächlich intellektuelle Kleinbürger sind, theoretisch stark. sie kennen durchaus die marxistische Literatur gut, aber auch die gesamte neue Literatur von Debray bis Goltz.“ [gemeint ist André Gorz] Das seien Journalisten und Assistenten. „Sie sind mit wenigen Ausnahmen der sogenannten ‚Traditionalisten‘ theoretisch überlegen. Das schafft ihnen starken Einfluß.“ Die vierte Gruppe bildeten die linksradikalen Gruppen, Anarchisten, Guevarra-Leute, Putschisten und Maoisten. „Ihr Einfluß wächst ständig mit dem Zustrom neuer Kräfte.“ Ein Kernpunkt der Auseinandersetzungen sei derzeit schon die Frage der Beteiligung der APO an der Bundestagswahl 1969. Neben der linksradikalen Kritik an der Wahlbeteiligung würde auch die Auffassung vertreten, die Frage der Wahlbeteiligung entsteht gar nicht innerhalb der APO, sondern wird von der DDR und der KPD gesteuert, in sie hineingetragen. Ulbricht hat es programmatisch öffentlich erklärt: im nächsten Jahr ist die APO im Bundestag vertreten. Es ist die KPD, die versucht, wieder ins Spiel zu kommen und politischen Einfluß zu erhalten. [...] Was die KPD und die Traditionalisten mit der Forderung nach Wahlbeteiligung wollen, ist eine faule Volksfrontpolitik.“ Zur DDR herrsche durchgehend die Meinung vor, die Anerkennung der DDR sei überfällig. Kritisiert werde, „daß es in der DDR keine wirkliche Freiheit gibt“. Viele vertreten die Position, „gerade weil wir für die Anerkennung der DDR sind und weil wir entschieden die Politik der Bundesregierung gegenüber der DDR ablehnen, habe wir das recht und sogar die Pflicht, die DDR zu kritisieren. [...] Wenn die DDR der APO wirklich helfen will, muß sie ihr innenpolitisches System demokratisieren. Damit erhielte der Sozialismus in Deutschland wieder eine wirkliche Anziehungskraft.“ Neben der Innenpolitik werde vor allem die Kunstpolitik der DDR kritisiert. „Warum wird alles reglementiert, warum gibt es faktisch eine Zensur für alle künstlerischen Äußerungen und warum darf auf dem Gebiet der Kunst nur das geschehen, was die SED will.“¹³

Nach Rostock zurückgekehrt berichteten die beiden SED-Reisekader Heinz Gundlach und Hans-Joachim Bernhard am 12. Juli 1968 der SED-Bezirksleitung über ihre Gespräche mit SDS-Mitgliedern in Hamburg. „Wir halten die Kontaktaufnahme mit dem SDS für das wichtigste Ergebnis unseres Einsatzes. 1. Haben wir den Eindruck gewonnen, daß gegenwärtig unter der studentischen Jugend große Einflußmöglichkeiten bestehen (Proteste gegen Schah-Besuch und gegen Notstandsgesetzgebung); 2. haben wir die Erkenntnis gewonnen, daß die progressiven Teile der studentischen Jugend auf Unterstützung von uns warten.“ Gundlach und Bernhard schlugen vor, „unseren Einfluß dort zu verstärken und sehr gute Kader zur marxistischen Weiterbildung dieser progressiven Kräfte einzusetzen“.¹⁴ Am 27. September 1967 schickte die Rostocker SED-Bezirksleitung ihre Agitatoren Rehberg und Copius zur Vertiefung der Beziehungen zum SDS nach Hamburg. Fassungslos registrierten sie den Zustand des SDS-Büros im Melle-Park 17. „Wir müssen feststellen, daß unser erster oberflächlicher Eindruck vom SDS-Büro erschütternd war. In einem ca. 20 qm großen Raum standen Stühle herum und

13 Deutscher Kulturbund: Bemerkungen vom 23. Mail 1968 zur Entwicklung der APO seit den Osterereignissen (Beispiel Köln). BArch, DD-2/40, Staatssekretariat für westdeutsche Fragen, Bereich Koordinierung.

14 Gundlach, Heinz; Bernhard, Dr. Hans-Joachim: Bericht über den Einsatz in Hamburg in der Zeit vom 23.6. bis 1.7.1967. SAPMO-BArch, IV A2/1002/122, Bestand Westabteilung des ZK der SED.

übereinander, auf dem Fußboden lag zerknülltes Papier. Die Aschenbecher waren offensichtlich seit Tagen nicht geleert, auf dem Tisch standen gebrauchte Wein- und Schnapsgläser sowie leere Spirituosenflaschen. Das gesamte Büro war dekoriert mit Bildern, Plakaten und Losungen, die auf einen intensiv betriebenen Mao-Kult hindeuteten. Die kleine Hängelampe, einer Ampel vergleichbar, trug auf ihren 4 Seiten Mao-Porträts mit der Beschriftung: Lang lebe der Vorsitzende Mao. Die Stirnseite unterhalb der Sitzfläche eines Plüschsofas war in großen Buchstaben mit der gleichen Losung beschrieben. An der einen Wandseite hing ein Plakat neben einem seidenen Mao-Bild mit der Losung (sinngemäß) Wer Revolutionär sein will, muß an der revolutionären Bewegung teilnehmen (Entnommen aus Mao-tse Tung ‚Über die Praxis‘). Auf anderen Plakaten waren chinesische Soldaten zu sehen, die eine rote Fahne durch ein Flammenmehr vorantreiben. An einer roten Wandzeitungstafel berichtete ein gedruckter Artikel von der Erprobung der ersten chinesischen Wasserstoffbombe. Der Artikel stand unter der Überschrift: ‚Die finale Vorsausage des Vorsitzende Mao hat sich bewahrheitet‘. An einer schwarzen Mitteilungstafel hing die Losung: ‚Hier war der Affe los‘, darunter waren Antispringer Losungen angebracht, wie: ‚Enteignet Springer‘, daneben Losungen: ‚Wer hat uns verraten, die Sozialdemokraten‘. An der Außenseite der Bürotüre: ‚Laßt 1000 Ideen gegen Springer springen‘. An der Innenseite ein Plakat folgenden Inhalts: Am 29.9.1967 um 19 Uhr läuft der chinesische Frachter XY ein. Wir versammeln uns zur Begrüßung der chinesischen Genossen mit roten Fahnen, roten Armbinden und Blumen um 19 Uhr am Uhrturm an den Landungsbrücken. Mao-Zitatenbuch mitbringen. Wir selbst haben, ohne den SDS davon in Kenntnis zu setzen, an den Landungsbrücken beobachtet, wie sich SDS-Mitglieder zur Begrüßung versammelten. Es waren 10 - 12 SDS-Angehörige mit einer roten Seidenfahne und einer Fahne der vietnamesischen Volksbefreiungsarmee. Zwei oder drei Mädels hatten rote Kleider angezogen. All diese Fakten deuten darauf hin, daß es im Hamburger SDS einen starken Einfluß der Mao-Ideologie gibt.“

Am folgenden Tag suchten die die beiden SED-Leute einen ihnen als „fortschrittlich“ beleumundeten SDS-Mann zu Hause auf. Dieser habe „einen sehr ungepflegten äußeren Eindruck (wüster Haarschnitt, ungepflegter Vollbart, barfuß, schmutzige Füße, Kleidung: schmutziges Oberhemd, darüber Bademantel)“ gemacht. Er habe aber „eine offensichtlich positive Haltung zur DDR“ und zur „Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten“. Seine Aussagen ließen auf eine „zutiefst ehrliche Verurteilung der USA-Aggression in Vietnam“ schließen sowie auf „eine richtige Einschätzung der imperialistischen Hintergründe und Ursachen der israelitischen Aggression im Nahen Osten“. Er habe „eindeutig Partei für die arabischen Staaten“ ergriffen und eine „klare Haltung des SDS gegen imperialistische Meinungsbeeinflussung durch die Presseerzeugnisse des Springerkonzerns“ bezogen. Resümierend meinten die beiden Rostocker SED-Leute, der SDS sei als ehrlich antiimperialistisch mit anarchistischen, linkssektiererischen und zum Teil proletkulthafte Zügen einzuschätzen. Die Verbindungen zum SDS müsse aufrechterhalten werden, „die verschiedenen Äußerungen sind genauer zu untersuchen, um progressive Kräfte zu fördern“.¹⁵ An „progressive Kräfte“, die einen „sehr ungepflegten äußeren Eindruck“ machten, mußten sich die SED bald gewöhnen, um mit diesen Leuten im Gespräch zu bleiben. Es sollte aber noch lange dauern, bis die anzugewehrten SED-Funktionäre ihre Vorurteile gegen Andersgekleidete aufgaben.

15 Rehberg, Dr; Copius, Dr.; SED Bezirksleitung Rostock, Sektor Westarbeit: Bericht über den Einsatz in Hamburg in der Zeit vom 25.9. bis 3.10.1967. SAPMO-BArch, IV A2/1002/122, Bestand Westabteilung des ZK der SED.

Teilnehmende Beobachter mit Präzisionskameras

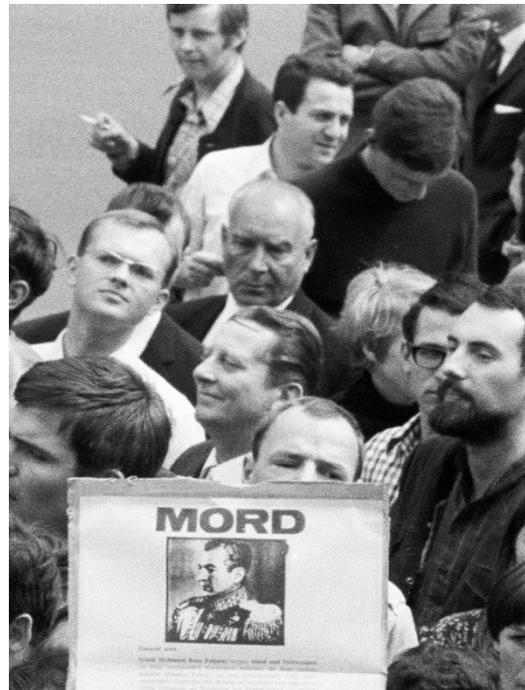


*Tatortfotos der Berliner Polizei zur Identifikation von Straftätern
Polizeifoto 2. Juni 1967 Rathaus Schöneberg*

Quelle: Polizeihistorische Sammlung Berlin



Die Vergrößerung aus obiger Aufnahme zeigt die Germanistikstudenten Dietrich Kreidt, Helmut Lethen, und Götz Schmidt.



Vergrößerung: Tilman Fichter (SDS) mit Zigarette im Bildhintergrund deutlich zu erkennen

Informationslücken

Nach wie vor schlummern in den Archiven der untergründig in den 60er Jahre tätigen geheimen Dienste Informationen über alle möglichen Eingriffe in die Neue Linke und über ihre Beobachtung. So hält der Verfassungsschutz seine Unterlagen zur Zusammenarbeit mit den im Teil I dieser Darstellung erwähnten Doppelagenten Bartel und Staritz noch 50 Jahre nach dem 68er Geschehen streng geheim. Amtliche Dokumente darüber, inwieweit sich der V-Mann des Verfassungsschutzes Peter Urbach bei der Bombenlegung im Jüdischen Gemeindehaus am 9. November 1969 in West-Berlin zu schaffen machte, bleiben für unabsehbare Zeit der Geschichtsschreibung entzogen. Eine Nutzung von Archivmaterial des ehemaligen KGB ist ebenso unmöglich wie das der CIA und anderer Geheimdienste auf Westalliiertes Seite. Die Einblicke, die sich aus den zugänglichen Archiven der ehemaligen DDR und aus den vom BND und dem Bundesamt für Verfassungsschutz bislang freigegebenen Überlieferungen gewinnen lassen, belegen aber hinreichend die intensive Mitwirkung von interessierten Dritten in der 68er Studentenbewegung. Zu einer Steuerung der Revolte oder Unterwanderung des SDS waren die Dienste nicht in der Lage. Doch ihre Agent Provokateurs sorgten bis in die RAF hinein erwiesenermaßen nicht für eine Beruhigung des Furors und der Gewalteskalation.